



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 04.09.2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 7. September 2026

Fokusthema: **Justiz und Inneres**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Wahl eines neuen WAK-Mitglieds einen Bericht zur Wirksamkeit des Finanzausgleichs zur Kenntnis nehmen und eine Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess diskutieren, bevor er die Eigentümerstrategie des Opernhauses genehmigen wird. Danach stehen eine Gesetzesänderung zu virtuellen Behördensitzungen, eine PI für eine nationale Elternzeit, die Abschaffung der kantonalen Regelung des Jugendschutzes bei Filmvorführungen sowie eine Anpassung des Gemeindegesetzes betreffend finanzpolitische Reserven auf der Traktandenliste.

Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2025 soll zur Kenntnis genommen werden

Der Regierungsrat berichtet dem Kantonsrat alle vier Jahre im Bericht über die Gemeinden und die Wirksamkeit des Finanzausgleichs über die Zielerreichung des Finanzausgleichs, den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Konkret angeschaut wird beispielsweise: Funktioniert der Finanzausgleich zwischen den Zürcher Gemeinden? Haben die Gemeinden genug Spielraum? Und sind die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden sinnvoll verteilt? Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat, den aktuellen Bericht, der die Jahre 2020 bis 2023 umfasst, zur Kenntnis zu nehmen ([5991](#)). Der Bericht wurde von der STGK als sehr informativ wahrgenommen.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Neue Plattform zur elektronischen Abwicklung von Zivil- und Strafverfahren

Umstritten war in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) eine Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG). Die KJS hat sich mit 9 zu 5 Stimmen hinter die Vorlage gestellt ([6004](#)). Das Zivil- und das Strafverfahren sollen mit einer neuen Plattform, über welche Verfahrenshandlungen elektronisch vorgenommen werden können, weitgehend digitalisiert werden. Dazu wurde das Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) erlassen, welches voraussichtlich per 1. Januar 2027 in Kraft tritt. Da die Gerichtsorganisation in der Zuständigkeit der Kantone liegt, sind Anpassungen des kantonalen Rechts notwendig. Diese betreffen die Zustellung und Aufbewahrung von Akten sowie die Unterzeichnung von Urteilen. Die Kommissionsminderheit (SVP) begrüsst die Möglichkeit der elektronischen Kommunikation mit den Gerichten, will aber berufsmässige Parteivertreter nicht dazu zwingen und stellt deshalb einen Antrag auf Nichteintreten.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Minderheit: Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf), 044 820 20 85

Eigentümerstrategie des Opernhauses soll genehmigt werden

Mit 11 zu 4 Stimmen beantragt die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) dem Kantonsrat, die Eigentümerstrategie (ES) des Opernhauses Zürich zu genehmigen ([6042](#)). Die Mehrheit begrüsst die in der ES verankerten Vorgaben, welche für sie sinnvoll und zukunftsweisend sind. Die Minderheit der Kommission (SVP) lehnt die Genehmigung ab, ohne einen entsprechenden Antrag zu stellen. Sie

ist der Meinung, dass ambitionierte Klimaziele nicht in einer ES festzulegen seien, und nutzt die Vorlage zur Kritik an den für sie generell zu hohen Aufwänden des Opernhauses.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Gesetzliche Verankerung für virtuelle Behördensitzungen

Kaum auf Opposition stossen dürfte das Ansinnen, für virtuelle Behördensitzungen und Beschlüsse rechtliche Grundlagen zu schaffen. Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die entsprechende Änderung des Gemeindegesetzes anzunehmen ([5998](#)). Dennoch dürfte über die Details der Vorlage diskutiert werden. Im Zusammenhang mit der Regelung von Bedarfsfällen liegen verschiedene Minderheitsanträge vor. Mit der Gesetzesanpassung erhalten die Behörden im Sinne der Gemeindeautonomie die Wahl, die Sitzungen physisch oder virtuell abzuhalten. Zudem soll die Vereinbarkeit des Behördenamtes mit dem Berufs- und Privatleben verbessert werden.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Minderheiten: Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), 079 625 28 61

Keine Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit

Eine ausführliche Debatte ist zur parlamentarischen Initiative (PI) von Mitte-Kantonsrätin Priska Hänni zu erwarten, mit der diese die Einreichung einer Standesinitiative für die Einführung einer nationalen Elternzeit fordert. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 332/2023](#)). Die Kommissionsmehrheit begründet dies damit, dass das Stimmvolk im Juni 2022 eine kantonale Initiative zur Einführung einer 18-wöchigen Elternzeit pro Elternteil abgelehnt hat. Zwei Minderheiten sprechen sich für die Einreichung einer Standesinitiative aus. Sie wollen damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, die Gleichstellung von Frau und Mann stärken und die gesunde Entwicklung der Kinder unterstützen. SP, Grüne, EVP und AL fordern eine Elternzeit von je mindestens 18 Wochen pro Elternteil analog zur laufenden Volksinitiative auf nationaler Ebene. Die GLP schlägt eine Elternzeit von insgesamt mindestens 20 Wochen vor, wobei der fixe Anteil der Mutter mindestens 14 Wochen beträgt und mindestens 20 Prozent der Elternzeit vom Vater bezogen werden muss.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit SP, Grüne, EVP, AL: Alan David Sangines (SP, Zürich), alan.sangines@sp9.ch

Minderheit GLP: Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa), 079 230 82 32

Jugendschutz im Kino soll nicht mehr kantonale geregelt werden

Der Kanton Zürich gehörte bisher zu den wenigen Kantonen mit einem eigenen Gesetz über den Jugendschutz bei öffentlichen Filmvorführungen und Trägermedien. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat nun einstimmig, das Gesetz aufzuheben ([6047](#)). Grund dafür ist das neu erlassene Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Durch die einheitliche Regelung auf Bundesebene soll der Jugendschutz in der gesamten Schweiz verstärkt werden.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Postulat zu finanzpolitischen Reserven soll abgeschrieben werden

Rasch behandelt werden dürfte die Abschreibung eines FDP-Postulats zu finanzpolitischen Reserven. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat denn auch einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 438/2020](#)). Die Direktion der Justiz und des Innern hat

im Rahmen des Postulats eine Vernehmlassung zu einer Revision des Gemeindegesetzes durchgeführt. Der Entwurf sah vor, die Bildung finanzpolitischer Reserven im Nachgang zum ordentlichen Budgetprozess ins Gesetz aufzunehmen. Die befürwortenden und ablehnenden Stellungnahmen hielten sich die Waage. Der Regierungsrat folgte in seinem Postulatsbericht, dass er keinen Handlungsbedarf für eine Gesetzesanpassung sehe. Die Kommission zeigte sich mit dem Bericht zufrieden.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Kommissionsmitglieds an. Kurt Altenburger (SP, Rafz) wird Birgit Tognella in der WAK ersetzen ([KR-Nr. 314/2026](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12